

→ Prof. Dr. Schulte Beirat

Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT -

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (09 31) 46 1071



IKT-Info-Dienst

14/Nov.88

TERMINE:

"Die Erhaltung der kommunalen Wasserversorgungsanlagen"
Informationsabend für Bürger und Gemeinden im Landkreis Ansbach u. Umgeb.
Freitag, 18.11., 14 Uhr in Triesdorf (Lkr. Ansbach), Altes Reithaus
Es sprechen u.a.: Prof. Feige (Weißenstephan) u. Peter Etthöfer

IKT weiter im Aufwind

Ein deutlicher Mitgliederzuwachs, mittlerweile über 80 Vollmitglieder - darunter viele Gemeinden -, Anfragen und Gesprächsangebote von den verschiedensten Seiten sind für uns sicher erfreulich. Beruhigen kann uns dies aber nicht. Die wachsende Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Behörden und selbst mancher Politiker zeigt eigentlich nur, daß sich unsere Umweltsituation mittlerweile derart verschärft hat, daß man nicht mehr so weiterwursteln kann wie bisher. Das Seehundsterben in der Nordsee und flächendeckende Atrazinprobleme im Trinkwasser machen uns nur allzu deutlich, daß wir die Selbstreinigungskräfte der Natur hoffnungslos überstrapaziert haben. Gerade im Wasser bündeln sich die Probleme und Schadstoffe. Dort kommt eines Tages all das an, was über die Luft und den Boden aus Landwirtschaft, Industrie und Haushalten der Umwelt zugemutet wird.

Erfreulich ist, daß nun auch von offizieller Seite das Problem erkannt wird. Diesen Eindruck hatten zumindest Vertreter des IKT-Landesvorstands (Dr. Schudt und Etthöfer), die Ende September mit Dr. Weiger vom Bund Naturschutz zu einer Aussprache in der Obersten Baubehörde waren, an der auch Vertreter des Landesamts für Wasserwirtschaft teilgenommen haben. Ob daraus allerdings schon Konsequenzen

gezogen werden, muß nach all den Meldungen über Fernwasseranschlüsse, die uns aus dem ganzen Land erreichen, stark bezweifelt werden.

Nicht unterschlagen werden soll auch, daß das Landwirtschaftsministerium einige Maßnahmen zur Nitratminderung eingeleitet hat. So soll derzeit ein über BTX gesteuertes Netz von Wetterstationen aufgebaut werden, die es den Landwirtschaftsämtern ermöglichen, rechtzeitig Düngeprognosen zu erstellen.

Erfreulich ist auch, daß der Zulauf zur IKT weiterhin bayernweit anhält. Die Zeiten, in denen die IKT fast nur in Franken aktiv war, sind endgültig vorbei. Das haben auch die Vorstandswahlen in Wenzenbach ganz deutlich gezeigt. Praktisch alle Regionen Bayerns sind im neuen Landesvorstand vertreten. Die Arbeit der letzten Jahre hat sich ausgezahlt: Die IKT wird immer mehr als eigenständige Kraft respektiert. Sie ist eben nicht ein Anhängsel der Naturschutzbewegung oder der verlängerte Arm der Landwirtschaftslobby und auch nicht der Wurmfortsatz einer regionalen Bürgerinitiative oder gar die fünfte Kolonne einer Partei. Als Selbsthilfeorganisation von Gemeinden und Bürgern, die für den Erhalt des eigenen Wassers kämpfen, bietet sie allerdings eine Plattform, auf der Landwirte, Kommunalpoliti-

IKT: Adressen ... Konto ...

1. Landesvorsitzender: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, 06094/457
 2. Landesvorsitzender: Dr. Ernst Schudt, Lärchenallee 6, 8936 Langerringen, 08232/3548
- Landesgeschäftsführer: Peter Etthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, 0931/461071
Landesschatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghaslach, 98552/1846
Schriftführer: Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reundorf, 09571/5664
Beisitzer: Reinhardt Brendel, Am Büchenstock 296, 8556 Gößweinstein, 09242/424
Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, 09243/1808
Dietmar Malich, Hauptstr. 16, 8359 Aicha v. Wald, 08544/8645
Sören Mie, Eyber Str. 13, 8800 Ansbach, 0981/14213
Hermine Silbereisen, 8399 Ruhstorf 2/ Schmidham, 08534/226
Norbert Zimmermann, Ulmenweg 4, 8481 Parkstein, 09602/5167
- IKT-Konto: Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323

ker und Naturschützer zum Wohle der Allgemeinheit zusammenarbeiten können.

Erfreulich ist auch, daß die IKT neuerdings verstärkt aus den Reihen des Bund Naturschutz Unterstützung erhält. So hat die BN-Landesgeschäftsstelle einen Erfassungsbogen zu Trinkwasserproblemen an alle Kreis- und Ortsgruppen versandt. In den letzten Tagen sind bei der IKT-Geschäftsstelle bereits etliche dieser Bögen eingegangen. Dabei hat sich einerseits gezeigt, daß auch in Südbayern sich die Trinkwasserprobleme häufen, und andererseits machen die Ergebnisse dieser Befragung deutlich, daß immer noch erschreckend viele Gemeinden ans Fernwasser gelockt oder gepreßt werden.

Nachdem im Bayerischen Innenministerium in den letzten Wochen ein Wechsel stattgefunden hat und nun Minister Stoiber und Staatssekretär Gauweiler für die Wasserwirtschaft zuständig sind, will die IKT einen erneuten Vorstoß unternehmen, um ihr Wassersicherungsprogramm wieder ins Gespräch zu bringen und auf der politischen Ebene eine Trendwende für die kommunale Trinkwasserversorgung herbeizuführen.

Da die Trinkwasserprobleme von vielen Politikern noch immer hoffnungslos unterschätzt werden, startet die IKT in diesen Tagen eine Kampagne, deren Ziel es ist, baldmöglichst im Landtag eine Anhörung zu Fragen der Trinkwasserversorgung durchzuführen.

Wir haben deshalb diesem Info-Dienst eine Unterschriftsliste beigelegt, in der an den Landtagspräsidenten und die Landtagsfraktionen

appelliert wird, eine Anhörung zu Trinkwasserfragen zu veranstalten. Wir bitten alle Vollmitglieder (Gemeinden, kommunale Fraktionen, Interessengemeinschaften usw.), diese Liste zu unterschreiben, weitere Unterschriften von Gemeinden, kommunalen Fraktionen oder Parteilgliederungen zu sammeln und die Listen baldmöglichst an die Landesgeschäftsstelle zurückzusenden.

Abschließend sei mir als Landesgeschäftsführer noch eine Bemerkung erlaubt: Es macht einem trotz mancher Rückschläge immer wieder Mut, wenn man sieht, wie IKT-Initiativen in allen Landesteilen mit viel Engagement und Energie für die Erhaltung der dezentralen Trinkwasserversorgung kämpfen. Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, daß einige der in der IKT zusammengeschlossenen Gruppierungen vergessen, daß jeder von uns alleine auf verlorenem Posten steht. Nur wenn wir gemeinsam die Rahmenbedingungen ändern, hat jeder von uns in seinem regionalen Bereich echte Chancen, sein eigenes Wasser zu behalten. Das bedeutet nicht, daß die IKT eine zentralistische Organisation werden soll. Es könnte aber nicht schaden, wenn die Einzelinitiativen neben ihrer Arbeit vor Ort auch die Aktivitäten der IKT, die durch Information und Koordination nur Hilfe zur Selbsthilfe geben will, etwas stärker mittragen würden.

Peter Etthöfer
Landesgeschäftsführer

rund ums wasser ...

Das Großostheimer Modell:

Weniger Düngen nach Bodenproben

Der Markt Großostheim bei Aschaffenburg kämpft mit erhöhten Nitratwerten im Wasser (etwa 54 mg/l). Um dagegen anzugehen, wurden flächendeckend Bodenproben genommen. Die Landwirte wurden dann über die Nitratwerte informiert und entsprechend beraten über Düngeeinschränkungen und über Stickstoffabbau durch Zwischenfrüchte.

Seit März 1985 wurden jeweils im Frühjahr und im Herbst von allen Grundstücken in der 75 ha großen Wasserschutzzone Bodenproben genommen. Seit März 1986 werden aber auch im ganzen, 265 ha großen, Wassereinzugsgebiet der Brunnen jeweils im Frühjahr alle Grundstücke untersucht, bei problematischen Ergebnissen wird zusätzlich im Herbst kontrolliert. Später soll das ganze Einzugsgebiet als Wasserschutzzone III B ausgewiesen werden.

Durch diese Untersuchungen kann man für jedes Grundstück den Nitratgehalt in den Schichten von 0 - 30 cm, 30 - 60 cm und 60 - 90 cm Tiefe im Laufe der Jahre verfolgen. Dabei unterscheiden sich zwei Typen: Wenn zum richtigen Zeitpunkt und in richtiger Menge gedüngt wird, kommt es kaum zur Abschwemmung des Nitrats in tiefere Bodenschichten. Die Werte in der unteren Schicht schwanken kaum (2 - 27 kg Nitrat/ha) und liegen im Herbst am niedrigsten, da das Nitrat von den Pflanzen verbraucht wurde. Bei ständiger Überdüngung mit Gülle dagegen zeigt sich ein extrem hoher Gesamt-Stickstoffgehalt und erhöhte Werte in den tieferen Zonen. Die Pflanzen können das große Nitratangebot gar nicht verwerten, der Stickstoff wird deshalb in tiefere Schichten ausgewaschen, wo er für die Pflanzen nicht mehr erreichbar ist. So zeigten Tiefenbohrungen bis 1,80 m unter überdüngten Grundstücken extrem hohe Nitrat-

vorräte (z.B. 80 - 200 kg Nitrat/ha in 150 - 180 cm Tiefe), die schließlich ins Grundwasser gelangen werden. Auch wenn dort jetzt die Düngung eingeschränkt wird, wird aus diesen "Vorräten" noch längere Zeit das Grundwasser verseucht werden.

Da die flächendeckende Untersuchung immerhin etwa 40 000 DM pro Jahr kostet, will man sich im Einzugsgebiet künftig auf Stichproben beschränken. Dabei will man sich auf die "schwarzen Schafe" konzentrieren und verstärkt Tiefenbohrungen vornehmen.

Als Erfolg zeigte sich ein durchschnittlicher Rückgang der Nitratwerte im Boden um gut ein Drittel, auch wurden keine extremen Überdüngungen mehr gefunden. Allerdings zeigte sich noch keine positive Auswirkung auf den Nitratgehalt im Trinkwasser, da wird man noch Geduld und fortgesetzte Kontrollen brauchen. So soll es in Zukunft als Überdüngung gelten, wenn der Gesamtstickstoffgehalt im Boden über der Düngeempfehlung liegt (z.B. 100 kg N/ha bei Winterroggen) oder die Nitratwerte in der unteren Schicht sehr hoch liegen. Überdüngung aber ist im gesamten Schutzbereich verboten!

Brigitte Muth-von Hinten

Die Großostheimer Maßnahmen werden übrigens von der Regierung von Unterfranken als modellhaft eingestuft und propagiert.

Dauerbrenner Hafenlohrthal

Trotz schön klingender Landtagsbeschlüsse und ähnlicher Äußerungen aus der Wasserwirtschaft scheint der Hafenlohrthalspeicher im Spessart, der weite Teile Unterfrankens mit Fernwasser versorgen soll, noch lange nicht gestorben zu sein. Zu diesem Thema erreichte uns folgender Bericht von Alfons Miethaner: "Anlässlich einer Lehrerfortbildungsveranstaltung in Maria Bu-

chen im Spessart hatte ich Gelegenheit, die Haltung der Wasserwirtschaftsabteilung der Regierung von Unterfranken kennenzulernen. Baudirektor Arweiler, der Chef, und zwei ebenfalls angereiste Mitarbeiter (Geologe und Limnologe) erläuterten uns Volksschullehrern mehrere Stunden lang die Planung für das Hafenthal, zeigten uns Hunderte von Metern von Bohrkernen und führten uns an die Stelle, an der die Staumauer errichtet werden sollte.

In all ihren Äußerungen ließen sie erkennen, wie akribisch geplant und großartig das Vorhaben doch sei. Bedauerlich sei nur, daß sie durch die Unvernunft der Öffentlichkeit momentan an der Ausführung dieses großartigen Projektes gehindert seien. Arweiler argumentierte, es gebe in Unterfranken keine zusätzlichen Wassergewinnungsmöglichkeiten mehr. Wenn der Wasserbedarf steige, müsse man eben bauen. Man müsse sich jetzt alle Optionen offenhalten und dürfe das Projekt nicht einfach begraben. Außerdem sei die Bevölkerung sowieso nur dagegen, weil der Trinkwassersee nicht für den Fremdenverkehr benutzt werden könne.

Auf die Klüftigkeit des Untergrundes, die Rf. Rutte festgestellt hatte, ging der Geologe nur in einem Nebensatz ein. Ohne Wimpernzucken sprach er davon, daß man eben 7 1/2 km Tal ausräumen müsse. Die Vernichtung des Hafenthaltales durch den geplanten Speicher schien keinen der Herren besonders aufzuregen. Es sei sogar im Sinne des Naturschutzes, die Talsperre zu bauen, da dadurch Brunnenbohrungen in anderen wertvollen Gebieten unterbleiben könnten.

Fazit: Der Kampf ist noch nicht gewonnen, die Wassertechnokraten sitzen noch in ihren Startlöchern. Es bedarf weiter aller Anstrengungen, die Öffentlichkeit gegen dieses Projekt zu mobilisieren, um die Speicherbauer nicht zum Zuge kommen zu lassen."

Zweckverbandsbrunnen neben Bundesstraße

Im Anschluß an die IKT-Landesversammlung hatten die IKT-Vertreter die Möglichkeit, die UV-Anlage im Wenzelbacher Wasserwerk zu besichtigen. Dabei erfuhr man, daß die B 16 nur ca. 70 m an den Brunnen des Zweckverbands vorbeiführt. Bei kommunalen Anlagen wird so etwas häufig zum Anlaß genommen, das Schutzgebiet zu verweigern.

UV-Bestrahlung problemlos

Im Anschluß an die IKT-Landesversammlung referierte Peter Gelzhäuser, Geschäftsführer der Fa. Katadyn, eines führenden UV-Geräte-Herstellers, über die UV-Entkeimung. Gelzhäuser räumte dabei mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf, die gerade von behördlicher Seite noch immer gegen das UV-Verfahren vorgebracht werden. So sei dies Verfahren absolut sicher, selbst bei Trübungen im Wasser. Wichtig sei nur, daß die Anlage ausreichend dimensioniert sei. Gelzhäuser verwies darauf, daß heute sogar Kläranlagenwasser mit dieser Technik behandelt werden könne.

Einige der Zuhörer empfahlen, statt zu chlorieren, grundsätzlich nur mit UV zu bestrahlen, da nach einer amerikanischen Studie die Gefahr von Blasenkrebs durch die Chlorung steige. Bedauerlich wurde, daß zu diesem Thema niemand vom Landesamt für Wasserwirtschaft als Referent zur Verfügung stand.

Obwohl nach den Worten Gelzhäusers die UV-Bestrahlung bei den Behördenvertretern im südbayerischen Raum kaum mehr auf Widerstand sto-

ße, bekam die IKT erst vor wenigen Tagen die Nachricht, daß man die Gemeinde Fischbachau im Landkreis Miesbach zwingen will, wegen ab und zu auftretender erhöhter Keimzahlen für 22 Millionen Mark eine Tiefbohrung niederzubringen, obwohl das Wasser aus ihrer Quelle schon mit UV bestrahlt wird.

So wird Fernwasser billiger

Die BI Weicht im Allgäu kämpft bereits seit einiger Zeit gegen den Anschluß an einen Zweckverband, den die Wasserwirtschaft favorisiert. Da die BI bezweifelt hat, daß der Fernwasseranschluß wirklich die billigere Lösung ist, hat sie selbst beim Ingenieurbüro Joanni eine vergleichende Studie in Auftrag gegeben. Diese kam zu dem Ergebnis, daß das eigene Wasser billiger und sauberer ist. Selbst die Oberste Baubehörde mußte einräumen, daß die Eigenversorgung zumindest nicht teurer ist. Nach der Berechnung der Zuschüsse war die Fernwasserlösung allerdings plötzlich um ca. 200.000 DM billiger, weil Rohrkosten angeblich höher bezuschußt werden. Kein Wunder, daß bei den sog. Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Fernwasserlösung angeblich immer die billigste ist.

Nachdem IKT-Vertreter bei einem Termin in der Obersten Baubehörde gegen diese Praxis protestiert haben, hat man bei einem weiteren Termin ein anderes Argument nachgeschoben. Angeblich liegt der zukünftige Wasserpreis des Eigenwassers deutlich über dem des Fernwassers, das für 0,50 DM/m³ abgegeben wird. Dieser sensationell niedrige Preis soll dadurch zustande kommen, daß eine Subventionierung mit Zinsenträgen aus Kapitalrücklagen erfolgt, was unseres Erachtens nicht zulässig ist.

Trotz allem hat das Fernwasser für Weicht und Beckstetten immer noch einen gravierenden Nachteil: Es kommt in kalten Wintern bei den Endabnehmern mit Temperaturen von unter 2° C an, was für viehhaltende Betriebe mehr als problematisch ist.

Austritt Creußens und Pottensteins aus der Jura-Gruppe

Dem zähen und fundierten Kampf der Schutzgemeinschaften im Raum Creußen und Pottenstein (Petitionen, Unterschriftensammlungen, Gründung des "Fränkischen Wasserbundes" usw.) ist es zu verdanken, daß Creußen und Ortsteile von Pottenstein aus der Jura-Gruppe ausgetreten sind. Der Stadtrat von Creußen beschloß im September förmlich den Austritt, am 18. Oktober 88 wurde er von der Verbandsversammlung der Jura-Gruppe genehmigt. Überall will man jetzt die Eigenversorgung ausbauen bzw. sanieren. Interessanterweise hat gerade das Ingenieurbüro, das auch für die Jura-Gruppe arbeitet, bestätigt, daß die Eigenlösung auch nicht teurer kommt.

So wird man ans Fernwasser gepreßt!

Gößweinstein, das sich seit über 100 Jahren mit Trinkwasser aus der Stempferquelle versorgt, steht vor dem Anschluß an einen Zweckverband, dessen Wasser schlechtere Werte hat und dem selbst das Landesamt für Wasserwirtschaft höchstens noch 5-7 Jahre gibt. Dann wird er mit ziemlicher Sicherheit von der Juragruppe geschluckt. Dabei hat Gößweinstein einwandfreies Wasser in Hülle und Fülle (600-700 l/sec !!!), wovon andere nur träumen können. Einziger Nachteil, es kann kein Schutzgebiet ausweisen und müßte sein Wasser deswegen

chlören oder mit UV entkeimen. Dann aber wollen die Behörden dem Wallfahrtsort das Prädikat "Luftkurort" entziehen. Und das hat natürlich auf den Marktgemeinderat "Ein-Druck" gemacht.

Die örtliche IKT-Schutzgemeinschaft hat nun auf einer Kundgebung mit Sebastian Schönauer und Dr. Weiger vorgeschlagen, ähnlich wie die Stadtwerke Würzburg den Grundwasserstrom an einer durch ein Schutzgebiet sicherbaren Stelle anzubohren.

Die örtliche Schutzgemeinschaft würde nun interessieren, ob es anderswo Kurorte ohne ausgewiesene Wasserschutzzone gibt. Informationen bitte an Reinhardt Brendel (09242/424)!

Fernwasserverbände expandieren weiter

Für die 52 km lange Leitung, mit der die Fernwasserversorgung Franken (FWF) Lechwasser von der WFW (Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum) nach Sulzfeld bei Kitzingen pumpen will, läuft derzeit das Raumordnungsverfahren. Hintergrund ist, daß die FWF bei manchen Förderbrunnen um den Nitratgrenzwert liegt und auch schon Atrazinprobleme hat. Die Leitung dient also der Schadstoffverdünnung. Ein weiteres Raumordnungsverfahren läuft bei der Regierung von Oberfranken. Die Fernwasserversorgung Oberfranken (FWO) will sich nämlich mit dem sog. Maintalast in Richtung Steigerwald-Unterfranken ausdehnen. Betroffen ist der Raum Oberhaid-Staffelbach-Viereth-Bischberg. Eines der Argumente für das Vorhaben ist die völlig unrealistische Annahme, daß sich die jährlich benötigte Wassermenge um 66% von 434.000 m³ auf 722.000 m³ erhöht. Der Bund Naturschutz hat in seiner Stellungnahme beide Vorhaben abgelehnt.

Trinkwasseranhörung der GRÜNEN in Bonn

Bei einer Expertenanhörung der Bundestags- und Landtagsfraktionen der GRÜNEN zu Trinkwasserproblemen in Bonn wurde besonders die dramatische Situation durch die Pestizidbelastung des Grundwassers deutlich. Wenn im Oktober 89 der Grenzwert von 0,1 µg gilt, werden wohl nicht nur kleine, sondern auch mittlere und große Wasserwerke erhebliche Probleme bekommen. Mit Mischen ist nämlich bei derartigen Grenzwerten nichts mehr zu erreichen. Auch der Einsatz von Aktivkohle kann nur bei bestimmten Stoffen - und da nur bedingt - helfen. Da bisher, wenn überhaupt, nur ca. 20 von rd. 1000 chemischen Substanzen gemessen werden und viele noch gar nicht meßbar sind, kann man sich vorstellen, welche Zeitbombe im Grundwasser wegen des ungehemmten Pestizideinsatzes tickt. Die chemische Industrie muß zwar neuerdings die Analyseverfahren für die jeweiligen Stoffe mitliefern. Erste Informationen lassen aber befürchten, daß zumindest teilweise nicht standardisierte Verfahren angegeben wurden, so daß die Wasserwerke wochenlang messen und analysieren müssen, um wenigstens nach den wichtigsten Stoffen fahnden zu können.

Es bleibt abzuwarten, wie in Bayern die Behörden auf das Pestizidproblem reagieren, da ja auch Fernwasserversorgungen betroffen sind. Solange die gefährlichen Stoffe auch nach dem Inkrafttreten des Grenzwerts auf dem Markt sind, ist kaum mit einer Entschärfung zu rechnen. Auch Übergangsfristen helfen dann wenig. Es würde uns nicht wundern, wenn man denselben Weg wie nach Tschernobyl gehen und nur noch Messungen der Behörden veröffentlichen würde. Falls sich derartiges abzeichnen sollte, müßte

die IKT in bisher nie gekanntem Ausmaß die Öffentlichkeit gegen eine staatlich filtrierte Informationspolitik beim Lebensmittel Nr. 1 mobilisieren.

Doppeltes Netz in Seßlach?

Nachdem man die Gemeinde Seßlach wegen leicht überhöhter Nitratwerte erheblich unter Druck gesetzt (staatsanwaltliche Ermittlungen gegen den Bürgermeister) und so den Anschluß an die FWO durchgesetzt hat, bemüht sich jetzt Seßlach, seine alte Leitung als Brauchwasserleitung zu erhalten, da sie für die Druckverhältnisse beim Fernwasser nicht geeignet ist. Durch diese Leitung würde dann das bisherige Seßlacher Wasser fließen. Die neu zu verlegende Leitung für das Fernwasser wäre dann ausschließlich für wirkliches Trinkwasser gedacht.

Erfolgreiche Würzburger Wassersuche

Die Suche der Würzburger Stadtwerke im stadtnahen Bereich nach Ersatzwasser für die gefährdeten Bahnhofsquellen war zumindest in der Gemarkung Estenfeld erfolgreich. Stadtwerke-Direktor Utschig erklärte: "Die Brunnen sind von Quantität und Qualität her ausbauwürdig." Die Stadtwerke haben beim zuständigen Landratsamt bereits Antrag auf Nutzung des Wassers und Ausbau der Versuchsbrunnen gestellt. Nach Informationen der Main-Post sind diese Wünsche im Landratsamt auf Ablehnung gestoßen. Offensichtlich will der Würzburger Landrat Dr. Schreier in einem Raumordnungsverfahren klären, ob die Würzburger oder die seit Jahren ans Fernwasser "verkauften" Estenfelder das Wasser nutzen dürfen. Diese Forderung hatte der Estenfelder CSU-MdL Christian Will bereits im August in einem Gespräch mit IKT-Geschäftsführer Ethhöfer angekündigt.

Da der Landrat gleichzeitig Vorsitzender der Fernwasserversorgung Mittelmain ist und im Kreistag stark von seinem Parteifreund Will abhängig ist, sieht es für die Würzburger nicht gut aus. Die IKT hat schon immer auf die Gefahr hingewiesen, daß es zu einer für einen Rechtsstaat problematischen Interessenkollision kommen kann, wenn der Fernwasserdirektor gleichzeitig Chef der unteren Wasserrechtsbehörde ist.

Margetshöchheim: Konsequenz beim Wasserschutz

Die Gemeinde Margetshöchheim im Landkreis Würzburg dürfte wohl im Verhältnis zur Einwohnerzahl Spitzenreiter bei den Maßnahmen zum TW-Schutz sein. In der 25 ha großen Wasserschutzzone wurden bislang 12,5 ha angepachtet und 5 ha angekauft und in ungedüngtes Grünland umgewandelt. Allein für Ankäufe wurden ca. 618.000 DM ausgegeben. Daneben hat man ein Bündel von Maßnahmen zur Nitratreduzierung ergriffen.

Neuerdings hat man für gut 2000 DM ein Nitratmeßgerät angeschafft und mißt dreimal in der Woche die Wasserbelastung. Parallel dazu werden Temperatur und Niederschlag gemessen, um näheren Aufschluß über die Ursachen der Belastung und die Schwankungen der Nitratwerte zu erhalten. Diese Messungen können allerdings die Messungen durch ein Fachinstitut nicht ersetzen, da die Kleingeräte zu ungenau messen. Weiterhin soll demnächst ein als Pilotprojekt gefördertes Grundwasserrelief genauen Aufschluß über die Fließrichtung des Grundwassers und die Ursachen der Belastung bringen.

Im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums

werden zusätzlich in der ganzen Gemarkung Bohrungen bis in 10 m Tiefe vorgenommen, um die Tiefenverfrachtung des Nitrats zu erforschen. Untersuchungen in anderen Teilen Bayerns haben

nämlich gezeigt, daß oft in Tiefen von mehr als 5 m regelrechte "Nitratsäcke" hängen, die zu einem explosionsartigen Nitratanstieg führen, wenn sie bis ins Grundwasser gelangen.

aus politik und verwaltung

Seltsame Praktiken

Im Ortsteil Haasgang der mittelfränkischen Gemeinde Weihenzell hat der Bürgermeister, der im selben Ortsteil wohnt, dem Gesundheitsamt gegenüber erklärt, er sei für die dortige nitratbelastete zentrale Ortswasserversorgung nicht mehr zuständig. Daraufhin forderte das Staatl. Gesundheitsamt Ansbach mit Schreiben vom 10.10.88 einen Bürger auf, bis 1.11.88 eine chemische und eine mikrobiologische Untersuchung des Ortswassers zu veranlassen und dem Gesundheitsamt vorzulegen. Die Bürger von Haasgang wollen einen Fernwasseranschluß verhindern und haben einen Geologen zugezogen.

Schutzgebiet trotz Fernwasser

Nachdem die Gemeinde Langerringen gegen den Verstand der Bürger ans Fernwasser angeschlossen wurde, will jetzt das Landratsamt Augsburg "zur Sicherstellung von Grundwasservorkommen für die zukünftige öffentliche Wasserversorgung" ein Wasserschutzgebiet ausweisen. Hier bestätigt sich, was die IKT schon lange vorhergesagt hat. Das Aufgeben der eigenen Wasserversorgung bedeutet nicht zwangsläufig, daß man ohne Rücksicht auf Verluste düngen und spritzen kann. Sicher ist nur, daß man das eigene Wasser für alle Zeiten los ist. Wenn dann für die Fernwasserversorgungen Bedarf besteht, hat man die Nachteile der Einschränkungen zu tragen, ohne den Vorteil des eigenen Wassers zu haben.

LRA Ansbach verwässert Schutzverordnung

Der Werkausschuß des Ansbacher Stadtrats hat sich in scharfer Form gegen die vom Landratsamt Ansbach erlassene Schutzonenverordnung für das Wasserentnahmegebiet Gersbach ausgesprochen. Von dort wird Ansbach mit Trinkwasser versorgt. Man wirft dem Landrat vor, die Schutzverordnung zugunsten der Landwirtschaft verwässert zu haben und hinter der Musterverordnung zurückgeblieben zu sein. So darf jetzt Dauergrünland umgebrochen und Gülle mit Strohdung auch außerhalb der Vegetationsperiode ausgebracht werden.

GRÜNE fordern Maßnahmen gegen Pestizide

In einem Antrag an den Landtag hat die Fraktion der GRÜNEN einen Maßnahmenkatalog gegen die Trinkwassergefährdung durch Pestizide gefordert. Im einzelnen verlangen sie u.a., den Handlungsspielraum der Pflanzenschutz-Anwendungs-VO voll auszuschöpfen, ein Boden- und Grundwasserkataster zu erstellen und bei der Beratung und Schulung der Landwirte auf die Pestizidproblematik zu verweisen und auf Schriften und Vertreter der Pestizidhersteller bei Fortbildungsmaßnahmen zu verzichten.

Kleinere Wasserversorgungen sind oft günstiger und besser

Diese Schlagzeile stammt nicht aus einer Presseerklärung der IKT, sie stand als Überschrift über einem Beitrag im Bulletin der Bayer. Staatsregierung vom 8.6.82. Dort heißt es u.a.: "Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat ... betont, daß er schon seit geraumer Zeit nicht ohne Sorge die gerade im ländlichen

Raum aufgetretenen Probleme verfolgt habe. Die Gefahr bestehe, daß anspruchsvolle Anlagen für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung errichtet würden, die Staat und Gemeinden nicht mehr vernünftig finanzieren könnten... Innenminister Tandler ... habe deutlich gemacht, daß die Bayer. Staatsregierung nicht das Heil in möglichst großen Lösungen suche. Auch kleinere Zentralwasserversorgungen würden gefördert... Tandler habe auch klargestellt, daß der Anschluß abgelegener Einzelgehöfte und Weiler durch eine zentrale Wasserversorgung - bei einwandfreier Eigenversorgung - gerade unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Sicht des zuwendungsgebenden Staates weder notwendig sei noch zweckmäßig erscheine..."

"Die Mittelknappheit muß als heilsamer Zwang Anlaß sein, auch die Anforderungen an öffentliche Baumaßnahmen auf ihre Notwendigkeit zu überdenken und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Dieser Weg ist zwar mühsam und wenig spektakulär. Eine Alternative zu ihm wird es aber nicht geben", schrieb Ministerpräsident Strauß.

Wenn man an den hemmungslosen Ausbau der Fernwassernetze in den letzten Jahren, an Prestigeprojekte wie Wackersdorf und den Rhein-Main-Donau-Kanal denkt, hat man nicht den Eindruck, daß diese Strauß-Worte zu seinen Lebzeiten Wirkung gezeigt hätten. Es wäre zu wünschen, daß sie sich wenigstens sein Nachfolger ins Stammbuch schreibt.

wasser + recht

Grünes Licht für Teilbefreiung

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil vom 10.2.88 (AZ: 5 UB 1592/85) einer Landwirtin recht gegeben, die gegen eine Gemeinde auf Teilbefreiung für das betriebliche Brauchwasser geklagt hatte. Die Richter machten geltend, daß es bei der Frage der Teilbefreiung nicht auf die Zahl der landwirtschaftlichen Anwesen und das von ihnen verbrauchte Wasser, sondern auf die Zahl der Landwirte ankomme, die über eigene, betriebsbereite Wasserversorgungsanlagen verfügten. Nachdem dies im konkreten Fall nur etwa 30 Betriebe mit einem Wasseranteil von 3,2 % des gesamten Wasserverbrauchs waren, hielten die Richter die Teilbefreiung für zumutbar. Die Gemeinden müssen in Zukunft die zu erwartenden Gebührenaussparungen für das gesamte Ortsnetz und nicht nur für Teilnetze mit besonders vielen landwirtschaftlichen Betrieben kalkulieren.

VBI weiterhin vor Gericht erfolgreich

Die Vereinigte Bürgerinitiative Rottal/Inn setzt vor allem auf den Rechtsweg, da sie von seiten der Politik keine Hilfe erwartet. Erst vor kurzem war die VBI wieder in 81 Verfahren erfolgreich.

Erfolg der Reundorfer Hausbrunnenbesitzer

Vor dem VG Bayreuth haben eine Reihe Reundorfer Hausbrunnenbesitzer, darunter auch das IKT-Vorstandsmitglied Keim, gegen die Stadt

Lichtenfels gesiegt. So wurde die aufschiebende Wirkung der Widersprüche gegen die Bescheide der Stadt Lichtenfels wiederhergestellt und die Beitreibung angedrohter Zwangsgelder eingestellt.

Der Reundorfer Wasserstreit ist mittlerweile auch vor dem 23. Senat des Bay. Verwaltungsgeschichtshofs anhängig (Nr. 23 CS 88.2325). Die Reundorfer sind dabei auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs gestoßen (BFH-Urteil V-R 112/86 v. 28.1.88), in dem sich das höchststrichterliche Finanzgericht eingehend mit der Frage beschäftigt, ob die Wasserversorgung eine hoheitliche Aufgabe ist oder nicht.

Dementsprechend hat der BFH (Urteil in BFHE 105,27, BstBl II 1972, 500) entschieden, daß

eine Gemeinde bei der Wasserversorgung der Bevölkerung nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt handelt. Da dieses Urteil zum Bundesverwaltungsgerichtsurteil 1982 divergiert, hat der BFH das Bundesverwaltungsgericht angerufen, worauf der 8. Senat des BVerwG dem ererkennenden Senat mitgeteilt hat, daß er sich dessen Rechtsauffassung anschließt.

Damit ist auch das Bundesverwaltungsgericht der Meinung, daß die Wasserversorgung keine hoheitliche Aufgabe ist. Nach Ansicht der IG Reundorf verstößt somit Art. 24 der Bayer. Gemeindeordnung mit dem Anschluß- und Benutzungszwang gegen Bundesrecht und höchststrichterliche Urteile.

firmer + adressen

Wasserteilenthärtung

Das Ingenieurbüro Eppler, das vielen bereits durch sein Verfahren zur biologischen Denitrifizierung von nitratbelastetem Trinkwasser bekanntgeworden ist, hat nun ein Verfahren zur Reduzierung der Carbonathärte vorgestellt, das sich für den Einsatz in Wasserwerken bei entsprechend kalkhaltigem Wasser eignet.

Bei den bisher bekannten Verfahren war meist eine aufwendige Auf- und Nachbereitung nötig. Zudem wurde dabei der Natriumspiegel im Trinkwasser erhöht. Beim neuen Eppler-Verfahren wird das Rohwasser in einer Vakuum-Entgasung verdüst und dabei Kohlendioxid auf rein physikalische Weise entfernt und somit der pH-Wert erhöht. Dadurch wird nur eine geringe Menge Kalk in Form von Kalkmilch oder Kalkwasser benötigt, um den pH-Wert des Wassers so zu erhöhen, daß es zum Ausfallen von Calciumcarbonat kommt und so die Calciumhärte vermindert wird. Im Aufstromreaktor lagert sich das ausfallende Calciumcarbonat an das eingelagerte Trägermaterial und wächst zu Calciumcarbonatpellets auf, die bei entsprechender Größe abgelassen werden. Das verwendete Trägermaterial dient als Kristallisationskern für die ausfallende Härtebildner und erlaubt im Aufstromreaktor eine Geschwindigkeit von 90-100 m/h. Der Anlage ist ein Filter und eine Wasserbelüftung nachgeschaltet. Diese kann auch am Einlauf in den Reinwasserbehälter über eine Kaskade erfolgen.

Eppler nennt bei seinem Verfahren als Vorteile: - keine Chemie - große Durchsatzleistung - einfacher, sicherer Betrieb - niedrige Anlagen- und Betriebskosten (10-15 Pf/m³).
Alwin Eppler, 7295 Dornstetten, Gartenstr. 9, Tel. 07443/6041

hydrogel als Leitungsschutz

Im letzten Info-Dienst haben wir über den Einsatz von "hygel"-T zur Verhinderung von Korrosion und Ablagerungen in Trinkwasserleitungen berichtet. Für alle, die an einer Beratung interessiert sind, veröffentlichen wir hier die Anschrift der Gebietsvertretung: jäcklechemie, Gerhard Dannhorn, Matthiasstr. 10, 8500 Nürnberg 80, Tel. 0911/32646-0

Neue Verfahren zur Nitratentfernung

Bei einem in den Niederlanden entwickelten Verfahren fließt das Nitratwasser durch einen Ionenaustauscher, der das Nitrat gegen Bikarbonat ersetzt. Erst danach werden denitrifizierende Bakterien zur Regeneration der Ionenaustauscher eingesetzt.

Das Engler-Bunte-Institut und die Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar-AG forschen gemeinsam an einer kombinierten Anlage zur Aktivkohlefiltrierung mit gleichzeitigem Nitratabbau durch Bakterien.

Die Würzburger Firma Noell bietet ebenfalls ein Verfahren zum Nitratabbau an. Die nitratabbauenden Mikroorganismen werden dabei in Polymer eingegossen, so daß sie nicht mit dem Trinkwasser in Berührung kommen.

Adressen:

- o Ingenieurbüro Joanni, 8901 Stadtbergen, Südstraße 15, 0821/431074 (Gas, Wasser, Abwasser)
- o Katadyn Wasserentkeimung, 8 München 21, Schäufeleinstr. 20, 089/572053

IKT Intern ...

Landesversammlung in Wenzelnbach

Das Ergebnis der Neuwahlen finden Sie auf der ersten Seite. Beschlossen wurde u.a., mit einer Unterschriftensammlung für eine Landtagsanhörung in Sachen Trinkwasser zu werben. Bitte kopieren Sie die beiliegende Unterschriftenliste, falls sie nicht ausreicht, und schicken Sie sie baldmöglichst an die Geschäftsstelle zurück.

Satzungsänderung: In der Satzung wurde festgelegt, daß jedes Vollmitglied bei den Landesversammlungen eine Stimme hat. Außerdem können jetzt auch fördernde Mitglieder in Funktionen gewählt werden.

Mitgliedsbeiträge

Einige Mitglieder haben in den letzten Tagen irrtümlich eine Erinnerung für 1988 erhalten. Wir bitten dies zu entschuldigen.

Bei Überweisungen bitten wir, immer genau anzugeben, für welche Initiative die Überweisung erfolgt, damit der Schatzmeister die eingehenden Beträge richtig verbuchen kann. Am besten geben Sie auch Ihre Mitgliedsnummer an. Sie finden sie auf dem Briefaufkleber rechts außen in der ersten Zeile.

An dieser Stelle wollen wir uns auch bei all denen bedanken, die die Arbeit der IKT durch Spenden unterstützen. Hier sollen vor allem die BN-Ortsgruppen Waldbüttelbrunn und Waldbrunn genannt sein, die der IKT mit einem Betrag von 500 DM unter die Arme gegriffen haben.

Fernwasserverband Franken muß 70 Millionen Mark investieren

„Nitrat gefährdet Wasserqualität“

Uffenheim (Eig. Ber./md) – Insgesamt 70 Millionen Mark wird der Zweckverband Fernwasserversorgung Franken (FWF) in den nächsten Jahren in ein Projekt zur Verbesserung der Wasserqualität und -versorgung investieren. Weil das Wasser aus dem Haupteinschließungsgebiet des FWF bei Sulzfeld zunehmend mit Nitrat angereichert ist, muß über eine 52 Kilometer lange Transportleitung nitratarmes Trinkwasser von der Wasserversorgung „Fränkischer Wirtschaftsraum Nürnberg“ bezogen werden.

Wie der Verbandsvorsitzende des FWF, der Landrat des Landkreises Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim, Robert Pfeifer, auf dem 11. Informations- und Schulungskurs des

FWF in Uffenheim berichtete, läuft zur Zeit das Raumordnungsverfahren für die Transportleitung von Brandhof bei Fürth nach Sulzfeld. Zu den rund 45 Millionen Mark für die Transportleitung kommen seinen Informationen nach noch etwa 25 Millionen DM für den Bau eines Mischbehälters und einer Aufbereitungsanlage. Vor rund 200 Bürgermeistern und Wasserwarten aus Unter- und Mittelfranken redete Pfeifer Klarheit: „Wir können zwar die Anforderungen der Trinkwasserverordnung erfüllen, die Lage ist jedoch ernst, da gibt es überhaupt nichts zu beschönigen.“

Auch der neue Geschäftsleiter des FWF, Gerhard Moser, gab zu, daß die Nitratwerte in den eigenen Er-

schließungsgebieten „noch immer steigen“. Untersuchungen eines Fachbüros aus Koblenz zeigten, „daß das Erschließungsgebiet Sulzfeld/Marktsteft bei der Entnahme zurückgefahren werden muß, damit es möglichst zu keinem weiteren Anstieg der Nitratwerte kommt“. Die Werte bewegen sich noch innerhalb des nach der Trinkwasserverordnung zugelassenen Grenzwertes von 50 Milligramm pro Liter. Bei Altrazin, einem beim Maisanbau benutzten Pestizid, konnte Moser nur eine „ernstzunehmende Tendenz“ feststellen; konkrete Daten hätte er noch nicht.

Main-Post 24.9.88

Wir sind unersättlich!!!

Die Landesgeschäftsstelle ist immer an Informationen über Ihre Arbeit und Vorgänge in Ihrer Umgebung interessiert. Bitte senden Sie uns Zeitungsausschnitte oder Kurzberichte zu. Uns interessiert es auch, wenn in Ihrer Zeitung Berichte über die IKT veröffentlicht werden. Besonderen Dank wollen wir an dieser Stelle der GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Christine Scheel aussprechen, von der wir regelmäßig Informationen aus dem Landtag erhalten.

Material aus der Geschäftsstelle
Sonder-Info-Dienste und Leerplakate mit IKT-Kopf für Veranstaltungen erhalten Sie von der Geschäftsstelle. Für die Plakate müssen wir einen Unkostenbeitrag von 30 Pf + Porto berechnen.

und BN in der Obersten Baubehörde
2.12. werden Vertreter der IKT und des BN zu einem weiteren Gesprächstermin mit Mitarbeitern der Obersten Baubehörde und des Landesamts für Wasserwirtschaft zusammentreffen. Die IKT will dabei grundsätzliche Fragen an konkreten Beispielen festmachen.

Wasserfachtagung am 18.2.89
Voraussichtlich am 18.2.89 wird die IKT in Ansbach eine Wasserfachtagung durchführen. Eingeladen sind aus dem Kreis der IKT und des BN all diejenigen, die sich darüber informieren wollen, wie man die eigene Trinkwasserversorgung erhalten kann.

Wasserfest am 3.12. in Pottenstein
Der Fränkische Wasserbund, in dem ca. 2000 Bürger quer durch alle Parteien organisiert sind, will sich angesichts der erfreulichen Entwicklung im Raum Pottenstein / Creußen mit einem Wasserfest bei der Bevölkerung und all denen, die mitgeholfen haben, bedanken.
Beginn: 19 Uhr Ort: Wagner-Bräu

IKT-Broschüre

Da die zweite Auflage des IKT-Info-Sonderdrucks schon wieder weitgehend vergriffen ist, wollen wir eine überarbeitete Broschüre über die Arbeit der IKT und Möglichkeiten zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung herausgeben. Da diese Broschüre vor allem für Kommunen gedacht ist, wollen wir sie diesmal nicht selber drucken, sondern von einer Druckerei herstellen lassen.

Für Vorschläge zum Inhalt und zur Gestaltung sind wir dankbar. Da wir uns trotz sparsamster Haushaltsführung eine professionelle Broschüre nicht leisten können, suchen wir Sponsoren oder Inserenten. Vielleicht können Sie uns bei der Suche nach Mitfinanziers helfen. Wir haben allen Mitgliedern einen Vordruck für ein Anschreiben an potentielle Sponsoren beigelegt. An dieser Stelle wollen wir um Verständnis für manche technische Unzulänglichkeit bei der Herstellung des Info-Dienstes bitten. Dieser wird vom Geschäftsführer mit teilweise unzulänglichen technischen Mitteln auf dem Computer gesetzt, auf seiner alten Kleinoffsetmaschine gedruckt und von Hand geheftet und eingetütet. Abgesehen davon, daß dies alles sehr zeitaufwendig ist, ist die technische Qualität unserer Druckerzeugnisse nur sehr mittelmäßig, dafür sind sie aber extrem preisgünstig. Wir bitten auch um Verständnis dafür, daß wir die Anschriften auf den Adreßaufklebern teilweise abenteuerlich abkürzen müssen, weil das Computerprogramm nicht auf längere Anschriften eingerichtet ist.

Gruppenwasserversorgung vorziehen

Weinberg. In den Gemeinden im Landkreis finden derzeit Aufklärungsversammlungen zur Nitratbelastung im Trinkwasser statt. Landrat Georg Ehn erklärte in der jüngsten Bürgermeisterdienstbesprechung in Weinberg, mit dem Nitrat werde man „in den nächsten Jahren leben müssen“. Er forderte die Bürgermeister auf, ihre Gemeinden an eine Gruppenwasserversorgung anzuschließen und nicht die Verantwortung für eine örtliche Wasserversorgung auf sich zu laden.

Fränk. Landeszeitung 15.7.88

„Wasserwirtschaft steht vor Bankrott“

ITK: Gemeinden wehren sich gegen „unheilige Allianz“ von Behörden und Fernwasserverbänden

Wenzenbach (lew/mz). Die bayerische Wasserwirtschaft steht nach Überzeugung der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern (IKT) vor dem Bankrott. Immer mehr Gemeinden wehrten sich gegen die „unheilige Allianz“ zwischen den staatlichen Wasserbehörden und den Fernwasserverbänden, die vorwiegend auf Anschluß an umstrittene Fernwasserversorgungsnetze drängen.

ITK-Landesvorsitzender Sebastian Schönauer forderte deshalb, die kleinen Wasserversorgungen zu sanieren, was auch im Landesentwicklungsprogramm vorgesehen sei, wobei jedoch noch ein erhebliches „Vollzugsdefizit“ bestehe. Sich auf Fernwasser zu verlassen könne nicht gutgehen, da ganze Landstriche auf eine Leitung angewiesen seien und dadurch Landstriche für wasserarme Gebiete erklärt würden, was nicht den Tatsachen entspreche.

Mit Zuschußversprechen, aber auch massiven Drohungen werden Gemeinden dabei vielfach von Staat und Fachbehörden zur Beteiligung

und damit zur Mitfinanzierung der Fernversorgung gezwungen, während die Quellen vor der Haustüre verlutern“, kritisierte Schönauer bei der Landestagung der Interessengemeinschaft am Samstag in Wenzenbach bei Regensburg. IKT-Geschäftsführer Peter Etthöfer hat sich die Zahl der Gemeinden, die der vor drei Jahren gegründeten IKT beitraten, deshalb innerhalb eines Jahres auf 30 verdoppelt. Die Selbsthilfeeorganisation versteht sich seinen Worten nach als zweite Beratungsinstanz für die Kommunen neben den staatlichen Wasserbehörden.

Statt des Ausbaus der Versorgung mit teilweise hoch schadstoffbelastetem Fernwasser müsse die Sanierung lokaler Wasservorkommen Ziel künftiger Trinkwasserkonzepte sein. Die Senkung der Nitratwerte im Grundwasser solle notfalls durch Ausgleichszahlungen an Landwirte für umweltschonendere Bewirtschaftung speziell in Wassereinzugsgebieten erreicht werden. Wasserschutz zonen sollten durch klarere Vorschriften effektiver geschützt und Trinkwasser mit umweltschonenderen Techniken als bisher behandelt werden.

Mittelbayer.
Zeitung
10.10.88

Einwandfreies Wasser Vorrang

Nitratbelastung senken – Beitritt zur Interessengemeinschaft

Parkstein. Mit dem Ziel, eine gemeinsame Lösung für die drängenden Trinkwasserprobleme zu finden, trafen sich kürzlich im „Bergstüberl“ der Bund Naturschutz, mehrere Landwirte und Ger Obmann des BBV, Max Birkner. Die an alle Fraktionen des Gemeinderates ergangene Einladung nahmen für die SPD Dieter Menzl und für die FWG Gerhard Triel wahr. Erfreulicherweise konnten auch einige neue Mitglieder vom Bund Naturschutz begrüßt werden.

An der derzeitigen Nitratbelastung des Trinkwasser in Parkstein habe sich im Prinzip nichts Entscheidendes verändert. Deshalb sei es auch richtig gewesen, den Weg der unverbindlichen politischen Absichtserklärung zu verlassen. Dies betonte der Vorsitzende des Bundes Naturschutz, Norbert Zimmermann. Aus diesem Grund sei im April die Eingabe der Ortsgruppe zur Sanierung der gemeindeeigenen Trinkwasserversorgung erfolgt. Inzwischen begutachteten mehrere Fachstellen die aufgezeigten Probleme und Lösungsvorschläge.

Die dezentrale Trinkwasserversorgung liege in der Eigenverantwortung der Marktgemeinde Parkstein und bilde einen wesentlichen Teil der kommunalen Selbständigkeit. Angesichts der zunehmenden Belastung des gemeindeeigenen Tiefbrunnens durch Nitrat sei deshalb der Markt zum Handeln aufgerufen, meinte Zimmermann. Die Werte von 46,3 Milligramm Nitrat pro Liter lägen um fast das Doppelte über den EG-Wert und nahe an der Grenze des Richtwerts von 50 Milligramm je Liter. Die Versorgung der Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser müsse jedoch absoluten Vorrang vor jeder anderen Nutzung und Beeinträchtigung des Bodens haben.

Diese Feststellung erfolgte bereits im Juli 1981 durch das Bundesverfassungsgericht. Auch nach der Bayerischen Verfassung sei das Wasser als natürliche Lebensgrundlage durch die Gemeinden besonders zu schützen. Das

Landesentwicklungsprogramm forderte vorrangig die Erhaltung und Sanierung eigener Trinkwasserversorgungsanlagen, was jedoch eine intakte Umwelt voraussetze. Die intensive landwirtschaftliche Nutzung der Felder mit der damit verbundenen Überdüngung des Bodens dürften als Hauptgrund für die hohe Nitratbelastung des Tiefbrunnens angesehen werden.

Nach Ansicht des Bundes Naturschutz dürften Schadstoffe erst gar nicht ins Grundwasser gelangen. Es sei daher ein „Weg in die Sackgasse“ der Ursachenbeseitigung auszuweichen, indem das Wasser mit Fremdwasser verschnitten und so weiterhin die Verseuchung des gemeindeeigenen Grundwasserbestandes zugelassen werde. Die Abhängigkeit von Fremdwasser würde die Lösung der Probleme den nächsten Generationen aufbürden. Die Ortsgruppe ist aber auch der Ansicht, daß die Sanierung nicht auf Kosten der Landwirte erfolgen könne.

Da die kommunale Trinkwasserversorgung bayernweit unter Nitratbelastung zu leiden hätte, habe sich die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung „IKT“ gebildet. Sie sei ein parteipolitisch unabhängiger Zusammenschluß von Gemeinden, Kommunalpolitikern, Verbänden, Interessengemeinschaften und Bürgern und fordert für die Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung unter anderem, daß sie bei der Bezuschussung gegenüber den Fernwasserverbänden nicht benachteiligt würden. Weiterhin müsse es praktikable Gesetze und Verordnungen für den Schutz von Wassereinzugsgebieten sowie eine vernünftige Regelung der Ausgleichszahlungen an Landwirte bei Nutzungseinschränkungen geben. Nach eingehender Beratung beschlossen alle anwesenden Gruppierungen, dieser Interessengemeinschaft beizutreten. Mit der Wahrnehmung der örtlichen Aufgaben der „IKT“ wurde einstimmig Landwirt Josef Dütsch betraut. Die „IKT“ bietet Beratung und einen jährlich erscheinenden Infodienst.

„DZS NEUE TAG“ v. 07.10.1988